

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die grundlegendste aller Aufgaben eines Staates ist die öffentliche Daseinsvorsorge. Eine aktuelle Definition dieses Begriffes finden wir bei der [Bundeszentrale für politische Bildung](#), die ihrerseits aus dem Europalexikon 2020 zitiert:

Daseinsvorsorge bezeichnet die staatliche Aufgabe, Güter und Leistungen bereitzustellen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind. Dies umfasst u.a. Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsleistungen, Telekommunikation, Rundfunk, Straßenreinigung sowie Abwasser- und Müllentsorgung.

Es folgen einige Erläuterungen, u.a. der Hinweis, dass der Staat die Daseinsvorsorge zu „*moderaten Preisen und in regional vergleichbarer Qualität*“ zu erbringen hat.

Es stellen sich uns in diesem Zusammenhang zwei Fragen. Wie wird der deutsche Staat dieser Aufgabe **insgesamt** gerecht und wie sieht es **konkret auf die Stromversorgung** bezogen aus?

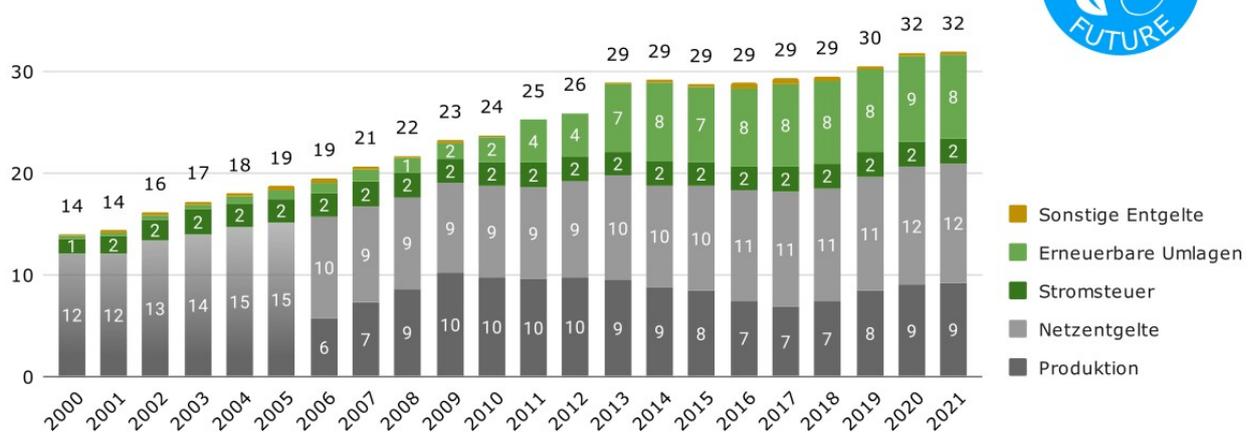
Die erste Frage wird von unseren Führungspolitikern seit Jahren verstärkt durch das Vordringen der Privatisierung öffentlicher Aufgaben beantwortet, weil die Privatwirtschaft diese Aufgaben angeblich effizienter und preiswerter erledigen kann. Und die zweite? Prinzipiell genauso, nur sind die Konsequenzen dieser Entwicklung **ganz konkret gefährlich**, wenn auch in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

Das Märchen von den fallenden Strompreisen

Im Jahr 1998 begann die „Liberalisierung der Energiewirtschaft“. Liberalisierung hieß auch hier nichts anderes als Privatisierung. Versprochen wurden fallende Strompreise zum Wohle aller.

Strompreisentwicklung Deutschland seit 2000

in €Cents pro kWh nach Einzelposten inklusive Mehrwertsteuer



bis 2006 keine getrennte Ausweisung von Produktion und Netzentgelt

Quelle: BDEW (2021)



Grafik aus www.tech-for-future.de

Die Grafik zeigt eindrücklich, was tatsächlich passiert ist. Der „unschlagbar effizienten“ Privatwirtschaft gelang es unter „harten Wettbewerbsbedingungen“ immer höhere Strompreise durchzusetzen. Inflationbereinigt wären die Preise gleich geblieben, lägen sie heute zwischen 20 und 25 ct/kWh. Von Preissenkungen ist demnach weit und breit nichts zu sehen. Diese Entwicklung resultiert folgerichtig aus den Mechanismen unseres Wirtschaftssystems. Ein privat betriebenes Unternehmen muss grundsätzlich gewinnorientiert arbeiten, das heißt, nach maximalen Profit streben. Dies gelingt um so besser, je weniger der Staat regulierend eingreift und dabei geraten die Interessen der übergroßen Mehrheit der Gesellschaft auch schon mal unter die Räder. Nur Kollateralschäden, die wir hinnehmen müssen?

Die aktuelle deutsche Energielandschaft

In Deutschland haben wir seit vielen Jahren ein fest im Sattel sitzendes und hervorragend funktionierendes Energieoligopol, das den staatlichen Institutionen zeigt, wo es lang geht (und nicht umgekehrt).

In einer [Rede aus dem Jahr 2015](#) hat Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, die Katze, vermutlich eher versehentlich aus dem Sack gelassen: Zitat Seite 4:

Die ohnehin schon kaum erfüllbaren Erwartungen an die Energiewende – sicher, bezahlbar, klima- und umweltfreundlich – werden im politischen Alltag durch eine Fülle von regionalen und sektoralen Sonderwünschen überlagert.

Diese Aussage lässt tief blicken. Man kann sie als Arbeitsverweigerung der Homann-Behörde interpretieren oder bestenfalls als Kapitulation vor den Aufgaben, von der wir Bürger glauben, die BNetzA würde sich ihrer annehmen. Die Energiewende ist also möglicherweise...

* nicht sicher

* nicht bezahlbar

* nicht klima- und umweltfreundlich

...und wird darüber hinaus von „Sonderwünschen“ behindert? Starker Tobak, Herr Homann. Wie wäre es, wenn Sie endlich diese „Sonderwünsche“ ignorieren und statt dessen den gesamtgesellschaftlichen (oder wenigstens physikalischen) Erfordernissen entsprechend agieren? Zumal es sich bei diesen Sonderwünschen aus unserer Sicht im Wesentlichen um die Einflüsterungen der Energielobby handelt. Dies würde uns definitiv den anderen drei Zielen näher bringen.

Ein Staat, der wissentlich grundlegende Voraussetzungen einer Energieversorgung nach einer vollzogenen Energiewende missachtet, der nicht einmal versucht diese Voraussetzungen zu schaffen, hat seine Daseinsberechtigung verloren. Ein solcher Staat ist nicht länger Garant, sondern vielmehr Totengräber einer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Mittlerweile machen sich immerhin Erosionserscheinungen bei den Großen Vier bemerkbar. Ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Zwänge bringen die Erneuerbaren und damit kleine und mittlere Erzeuger mehr und mehr auf die Siegerstraße.

Versorgungssicherheit im Jahr 2021

Vielleicht würde sich Herr Homann deshalb im Jahr 2021 nicht mehr zu einer Aussage, wie oben zitiert, hinreißen lassen. Gleichwohl können wir keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich der Energiepolitik erkennen, weder bei der BNetzA und erst recht nicht bei der Bundesregierung. Das hat Konsequenzen.

Das Österreichische Bundesheer veröffentlicht jährlich eine [sicherheitspolitische Jahresvorschau](#). Die aus dem Jahr 2021 liefert im Kapitel „Herausforderung Blackout“ eine schonungslose Analyse des gegenwärtigen Zustands der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie.

Eine der Kernaussagen dieses Berichtes lautet wörtlich zitiert:

„Binnen der nächsten fünf Jahre ist mit einem Blackout zu rechnen.“

Die Autoren der Seite Blackout-News haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt, wie die Behörde die Gefahr und die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts für Deutschland einschätzt. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass wir uns die meisten Aussagen der o.g. Webseite grundsätzlich nicht zu eigen machen. Diese Anfrage und vor allem die Antwort der BNetzA fanden wir jedoch sehr aufschlussreich. Sie ist in [voller Länge](#) direkt bei Blackout-News nachzulesen.

Hier nur wesentliche Auszüge aus den Verlautbarungen der Bundesnetzagentur:

„Ein großflächiger Blackout ist äußerst unwahrscheinlich...“

"Das Management eines Blackouts findet auf mehreren Ebenen statt und basiert auf Aktionen einer Vielzahl von Behörden (Bund, Länder, Kreise, Kommunen), Hilfsorganisationen und Unterstützungskräften."

Die Hinweise des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur individuellen Vorbereitung auf, und zum Verhalten während eines Stromausfalls (URL: www.bbk.bund.de/DE/TopThema/TT_2019/TT_Stromausfall.html) enthalten aus Sicht der Bundesnetzagentur hilfreiche Hinweise."

Also alles nicht so schlimm?

Entgegen der Aussagen der Bundesnetzagentur sind wir schon einige Male an einem Blackout vorbeigeschrammt. Der letzte Zwischenfall ereignete sich erst vor wenigen Tagen am 24. Juli 2021. Die Auslöser können, wie in diesem Fall, völlig banal sein. So soll zur Löschung eines Waldbrandes in Südfrankreich ein Löschflugzeug seine Wasserfracht über einer 380 kV Leitung abgeworfen haben, die dadurch ausfiel. Herbert Saurugg, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge, hat auch [diesen Zwischenfall](#) analysiert.

Nur von den wenigsten kritischen Situationen erfahren wir aus den Funk- und Printmedien. Um auf dem Laufenden zu bleiben, müsste man wenigstens gelegentlich www.saurugg.net o.ä. Websites aufrufen. Dabei würde man feststellen: die „bedenklichen Ereignisse“ treten immer häufiger auf.

Wenn man den Verlauf der Netzfrequenz ständig beobachtet und auswertet, erkennt man, wie fragil unsere Stromversorgung ist. Durch den Stromhandel und die damit verbundenen Lastschwankungen werden unsere Netze zusätzlich belastet. Wenn diese aus rein wirtschaftlichen Interessen in Kauf genommene Belastung mit einer unvorhersehbaren Störung zusammenfällt, kommt es zu Problemen.

Wir zeichnen seit einigen Tagen die aktuelle Netzfrequenz auf und speichern die Ergebnisse in einer Datenbank. Die Netzfrequenz und damit die Lastverhältnisse sind überwiegend unkritisch. Es genügt aber **das eine** kritische Ereignis, welches nicht mehr beherrscht werden kann und ein langanhaltender großflächiger Stromausfall wird Realität.

Wir können es sehen, die Einschläge kommen immer näher.